

Antrag

der AfD-Fraktion

Windkraftausbau stoppen, Energiestrategie für Brandenburg an technische Entwicklungen anpassen

Der Landtag stellt wiederholt fest:

Brandenburg hat wegen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sowie wegen des Kernkraft- und Kohleausstiegs die höchsten Strompreise in Deutschland.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung möge sich auf allen Ebenen dafür einsetzen,

1. dem Wald- und Naturschutzgedanken in der Förderpolitik Priorität vor der Errichtung von Windkraftanlagen einzuräumen,
2. Windradnabenhöhen sofort zu begrenzen, Siedlungsabstände wieder in die strengeren alten Regelungen zurückzuführen und eine 10H-Regelung ohne Ausnahmeregelungen einzuführen,
3. mittelfristig den Windkraftausbau an Land in ganz Deutschland außerhalb streng abgegrenzter Küstenregionen wegen steigender Umweltauswirkungen und permanent steigender Systemkosten zu stoppen,
4. Gemeinden und Bürger, die bereits Anlagen betreiben, im Land Brandenburg aktuell vor finanziellen Einbußen und hohen Preisen zu schützen, eine umfassende Reform der deutschen Energiepolitik mit einem gesunden Energiemix zu initiieren und die Regelungen zu Einspeisungsvergütung und Netzentgelten zu reformieren,
5. dass das Land Brandenburg die Kernenergiepolitik des Nachbarlands Polen im Hinblick die SMR-Technologie (Small Modular Reactor) und deren Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse evaluiert und
6. den auch von der Bundesregierung geforderten Einstieg in die Fusionsreaktortechnik zu unterstützen, indem sie ihre überarbeitete Energiestrategie bezüglich beider Punkte bis zum zweiten Quartal 2024 anpasst.

Begründung:

Während produktive Industrien wie der Bergbau hinsichtlich ihrer Naturauswirkungen stark überwacht werden, werden für die Errichtung von Windkraftanlagen Flächen ungehindert in Anspruch genommen, teilweise Wälder abgeholzt, ohne damit einen nennenswerten volkswirtschaftlichen Nutzen zu erzielen. Ein funktionierendes Energiesystem wird durch falsche Prioritäten und hohe Kosten in ein schlechteres umgewandelt.

Es werden also neben wirtschaftlichen Fragen in Deutschland beim Ausbau der Windkraft auch Umweltaspekte sträflich vernachlässigt wie Infraschall und mikroklimatische Auswirkungen, Belästigungen der Bürger und Austrocknung der Böden zählen dann nicht mehr, wenn die ideologische Energiewende vorangetrieben werden soll.

Zusätzlich wird durch Überbürokratisierung ein wirtschafts- und innovationsfeindliches Umfeld geschaffen: Eine mangelnde nationale Industriepolitik zur Sicherung heimischer Produktion stürzt letztlich die Windkraft selbst in die Krise. Ein Ausbau findet kaum mehr statt, soll aber durch die üblichen planwirtschaftlichen Elemente vor allem in der Lausitz direktiv vorangetrieben werden.

Internationale Entwicklungen stehen dem entgegen. Der spanische, schwedische und tschechische Botschafter sprachen vor dem Europaausschuss des Landtages Brandenburg von den Wegen ihrer Länder, von den besseren Voraussetzungen und der Einpassung des Ausbaus der sogenannten Erneuerbaren in nationale Konzepte, welche die Nutzung der Kernenergie genauso vorsehen wie die von russischem Gas.

In Deutschland fehlen Einsicht und Wille, die sogenannten Erneuerbaren im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten nutzbringend anzuwenden.

Für Großbritannien steht der umfangreiche Ausbau der Windkraft in der Nordsee infrage, nachdem sich Vattenfall aus einem Großprojekt zurückgezogen hat.

Deutschland ist kein für die Nutzung der Windenergie besonders geeignetes Land, wie das Gutachten „Das Windpotenzial Deutschlands zur Energiewende“ aufzeigt.¹ Brandenburg ist ein Binnenland, was angesichts des Windaufkommens nur mäßige Erträge bringt. Generell ist die Windkraft in Deutschland nur durch die mehr als 20-jährige Förderung existent. Die Anhebung der Mindestgebote der vergangenen Ausschreibungsrunden „Wind an Land“ durch die Bundesnetzagentur auf 7,35 Cent pro Kilowattstunde (+25 %) zeigt die Marktfierne dieser Technologie. Ohne Mindestvergütung, Einspeisevorrang und kostenlosen Netzan-schluss würde in Deutschland keine einzige Windkraftanlage mehr gebaut. Ergebnis dieser technologisch fehlgesteuerten Politik sind steigende Strompreise bei abnehmender Versorgungsicherheit. Ein redundantes System muss ständig zur Absicherung windschwacher und windloser Zeiten zur Verfügung stehen und verursacht selbst Kosten (Netzreservekraftwerke, „besondere netztechnische Betriebsmittel“ (bnBm), Netzbooster, Maßnahmen Redispatch und Einspeisemanagement) in Verbindung mit einem immer umfangreicher erforderlichen Netzausbau, um den zufällig eingespeisten Strom über riesigen Flächen einzusammeln.

¹ Vgl. Prof. Dr.-Ing. Jan Wenske: „Das Windpotenzial Deutschlands zur Energiewende“, Freiburger Gespräche zur Energiewende 2023.

Da es auch bei diesem Netzausbau hapert, müsste selbst bei einer generellen Befürwortung der Windkraft die Errichtung von Neuanlagen gestoppt werden.

Daher gilt: Nicht obwohl, sondern weil die „Erneuerbaren“ ausgebaut werden, entstehen im auch durch gesetzliche Regelungen gegenüber Süddeutschland benachteiligten Brandenburg Kosten und Inflation. Dieser Irrweg muss ein Ende haben - kurzfristig durch Reformen, um Schaden zu begrenzen, langfristig durch den Stopp des Ausbaus der Windenergie an Land. Nur so kann eine volkswirtschaftliche Wende herbeigeführt werden.

Um einer Klimawandeldiskussion vorzubeugen, sei hier erneut darauf hingewiesen, dass auch der vielbeschworene „wissenschaftliche Konsens“ sich nicht in den Folgerungen des politischen Handelns darauf bezieht, Wälder abzuholzen, Volkswirtschaften in ihren industriellen Kernen zu bedrohen oder die Bürger über die Unzuverlässigkeit der Windkraft, den Materialaufwand dieser Anlagen und die jeweiligen nationalen Umsetzungsmöglichkeiten zu täuschen und den Ausbau der Windkraft subventionsgesteuert vorantreiben zu müssen.